

Junge Menschen und Demokratie in Österreich 2021

Janine Heinz / Martina Zandonella

Wien, Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1 Wie geht es den jungen Menschen nach fast zwei Jahren Pandemie?	6
2 Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich?	9
3 Wo informieren sich die jungen Menschen über Politik?	16
4 Mit wem sprechen die jungen Menschen über Politik und welche politischen Themen beschäftigen sie?	20
5 In welcher Form und in welchem Ausmaß beteiligen die jungen Menschen sich?	23
6 Wie bewerten die jungen Menschen ihre schulische politische Bildung?	29
7 Zusammenfassung	33
Literatur	36
Abbildungen	37

Daten zur Untersuchung

Thema:	Junge Menschen und Demokratie in Österreich
AuftraggeberInnen:	Österreichisches Parlament
Beauftragtes Institut:	SORA Institute for Social Research and Consulting, Wien
Erhebungsgebiet:	Österreich
Grundgesamtheit:	16- bis 26-Jährige mit Wohnsitz in Österreich
Stichprobenumfang:	n=300
Art der Befragung:	Telefon (CATI) und Online (CAWI)
Befragungszeitraum:	13. August bis 05. Oktober 2021

Einleitung

Ein Fundament jeder Demokratie sind BürgerInnen, die demokratische Grundhaltungen teilen und sich aktiv an politischen Gestaltungs- bzw. Entscheidungsprozessen beteiligen. Der Demokratie Monitor untersucht seit 2018 einmal pro Jahr, wie die Menschen in Österreich über Demokratie im Allgemeinen denken, wie sie die Demokratie in Österreich erleben und in welchem Ausmaß bzw. in welcher Weise sie sich am politischen Geschehen beteiligen. Für die Zukunft der Demokratie spielen wiederum junge Menschen eine besondere Rolle: Wie geht es ihnen mit unserer Demokratie und wo sehen sie ihre Rolle im politischen Prozess? Mit diesen Fragen beschäftigt sich eine jährliche Zusatzbefragung und Sonderauswertung des Demokratie Monitors, durchgeführt im Auftrag des Österreichischen Parlaments.

Dazu werden die jeweils aktuellen Daten des Demokratie Monitors mit spezifischem Blick auf die Gruppe der 16- bis 26-Jährigen ausgewertet. Den jungen Menschen werden darüber hinaus eigens für sie konzipierte Fragen gestellt. Für das Jahr 2021 umfasst der Demokratie Monitor insgesamt 2.003 Befragte, 300 davon sind zwischen 16 und 26 Jahre alt. Die Datenerhebung wurde vom 13. August bis 5. Oktober 2021 durchgeführt, die Interviews fanden telefonisch (CATI) und Online (CAWI) statt.

Der vorliegende Bericht beinhaltet die Ergebnisse der Sonderauswertung des Demokratie Monitors 2021 sowie der entsprechenden Zusatzbefragung der 16- bis 26-Jährigen. Er umfasst folgende Themen:

- Wie geht es den jungen Menschen nach fast zwei Jahren Pandemie?
- Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich?
- Wo informieren sich die jungen Menschen über Politik?
- Mit wem sprechen die jungen Menschen über Politik und welche politischen Themen beschäftigen sie?
- In welcher Form und in welchem Ausmaß beteiligen sich die jungen Menschen an Politik und Zivilgesellschaft?
- Wie bewerten junge Menschen die schulische politische Bildung?

Hinweis zur Interpretation der Ergebnisse

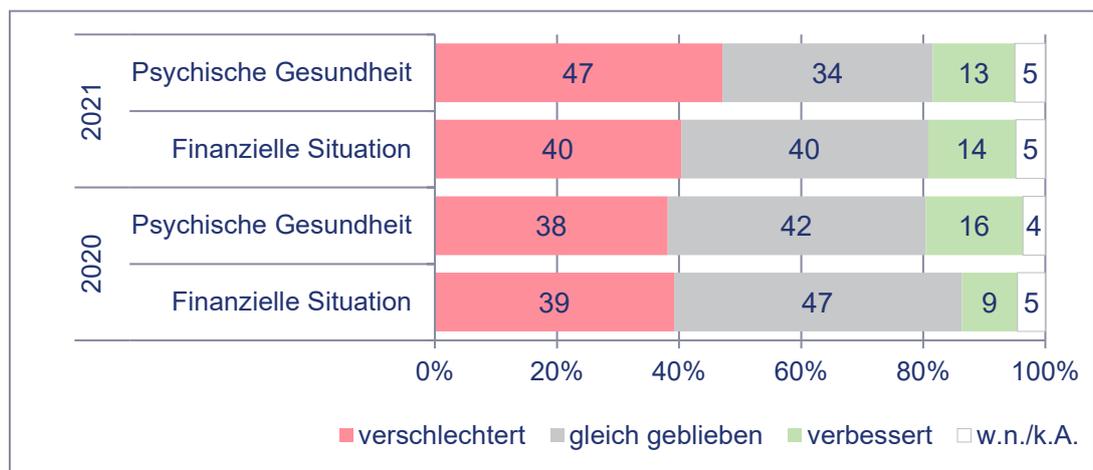
Bei der Interpretation von Unterschieden zwischen Teilgruppen bzw. von Veränderungen über die Zeit sind Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Schwankungsbreiten geben mit Bezug auf die Größe der Stichprobe (und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%) jenen Bereich an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Liegen die beiden zu vergleichenden Prozentwerte innerhalb der ermittelten Schwankungsbreite, ist der Unterschied nicht signifikant. Als Richtwert kann bei $n=300$ die maximale Schwankungsbreite von $\pm 5,7\%$ herangezogen werden: Bei einem Stichprobenwert von 50% liegt der „wahre“ Wert also zwischen 44,3% und 55,7%. Sämtliche der im Folgenden berichteten Unterschiede zwischen Teilgruppen bzw. Veränderungen über die Zeit wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

1 Wie geht es den jungen Menschen nach fast zwei Jahren Pandemie?

Seitdem im März 2020 in Österreich die ersten Ausgangsbeschränkungen aufgrund des SARS-CoV-2-Virus verhängt wurden, sind beinahe zwei Jahre vergangen. Diese Zeit war geprägt von Kontaktbeschränkungen, Abstandsregeln und geschlossenen Schulen – Maßnahmen, die unseren Alltag und unser Zusammenleben maßgeblich verändert haben.

Gerade an den jungen Menschen ist all das nicht spurlos vorüber gegangen: Knapp die Hälfte von ihnen (47%) berichtet inzwischen davon, dass sich infolge der Pandemie ihre psychische Gesundheit verschlechtert hat. Auch die finanzielle Lage hat sich bei 40% von ihnen nachteilig verändert (Abbildung 1). Im Vergleich mit 2020 leiden aktuell noch einmal mehr junge Menschen unter den psychischen Folgen der Pandemie: Vor rund einem Jahr berichteten 38% von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit.

Abbildung 1: Betroffenheit von psychischen und finanziellen Folgen der Pandemie

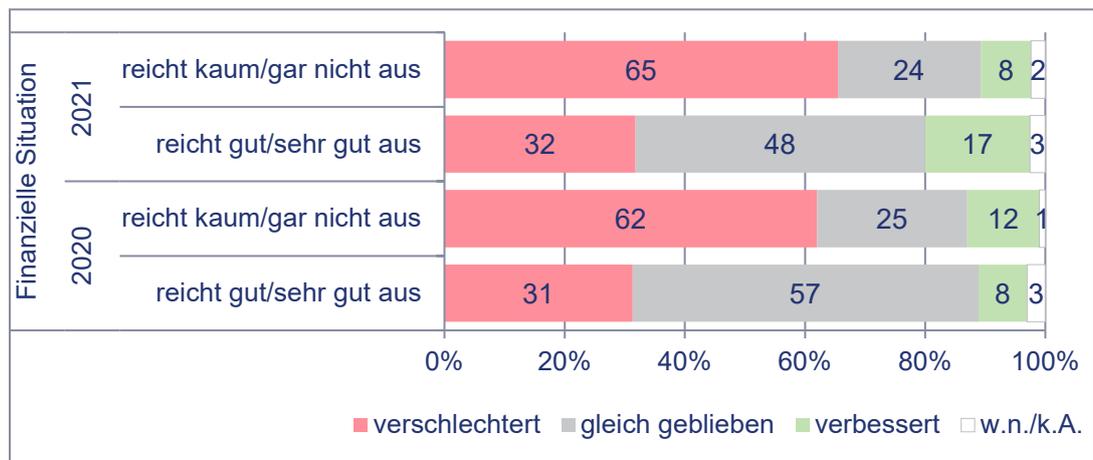


Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Corona Pandemie unseren Alltag stark verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie Ihre psychische Gesundheit / Ihre finanzielle Situation verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“

Anschließend an die bestehende Forschung (Shantz 2010, Kapiriri & Ross 2018, aktuell für Österreich: Zandonella 2021) verweist auch die vorliegende Studie darauf, dass die Folgen der Pandemie nicht alle Bevölkerungsgruppen im selben Ausmaß treffen. Bereits 2020 haben jene jungen Menschen, die sich bereits vor Corona in einer prekären finanziellen Lage befanden, doppelt so häufig von finanziellen Einbußen aufgrund der Pandemie berichtet. Dies gilt nach wie vor: Derzeit sind zwei Drittel der jungen Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten von einer (weiteren) Verschlechterung ihrer

ökonomischen Situation betroffen; Selbiges gilt für ein Drittel ihrer ressourcenstärkeren AlterskollegInnen (Abbildung 2). In einer prekären finanziellen Lage befinden sich rund 30% der jungen Menschen– sie berichten u.a. davon, dass ihr Einkommen kaum oder gar nicht zur Deckung ihrer Lebenserhaltungskosten ausreicht. Häufiger ökonomisch schlechter gestellt sind dabei bereits erwerbstätige junge Menschen – sie sind auch in besonders hohem Maße von einer (weiteren) Verschlechterung ihrer finanziellen Lage infolge der Pandemie betroffen.

Abbildung 2: Verschlechterung der finanziellen Situation nach Auskommen mit dem Einkommen



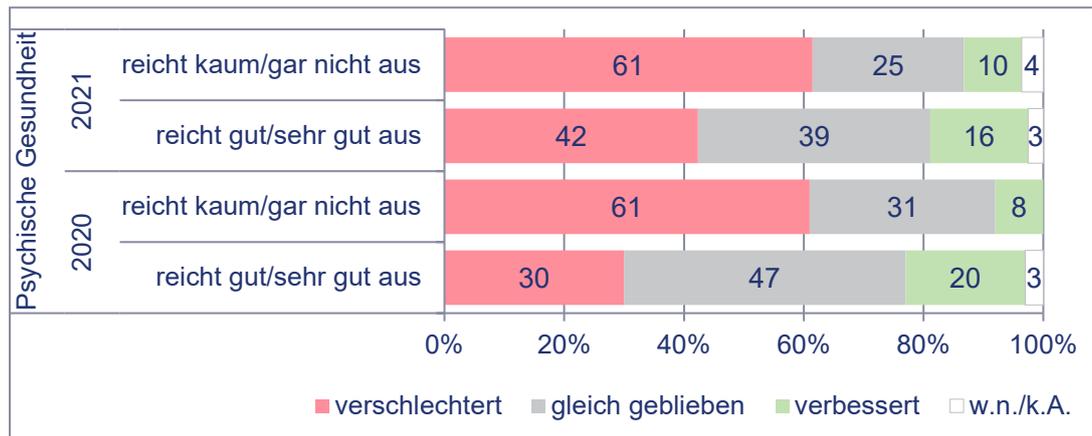
Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Corona Pandemie unseren Alltag stark verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie Ihre finanzielle Situation verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“

Der ökonomische Spalt zeigt sich auch mit Blick auf die psychische Gesundheit: 61% der jungen Menschen in finanziell prekärer Lage berichten eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit; Dasselbe gilt für 42% der 16- bis 26-Jährigen ohne finanzielle Schwierigkeiten. Der Vergleich mit dem Vorjahr verweist hier auf zwei unterschiedliche Entwicklungen über die Zeit:

Die jungen Menschen in finanziell prekärer Lage haben entlang der wenigen, ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen akut auf die Pandemie reagiert: Bereits 2020 berichteten rund 60% von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit, ein Jahr später sind es ebenso viele. Im Gegensatz dazu reagierten die jungen Menschen ohne finanzielle Schwierigkeiten häufiger verzögert: Während 2020 30% eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit berichteten, sind es nun mit 42% deutlich mehr. Diese Gruppe kann auf mehr zentrale Ressourcen zurückgreifen – u.a. in Form von Wohnraum, Freiflächen oder digitalen Geräte. Daran anschließend

hat ihre psychische Resilienz häufiger erst mit zunehmender Dauer der Pandemie abgenommen (Abbildung 3). Diese beiden unterschiedlichen Entwicklungen entlang der Verfügbarkeit von (ökonomischen) Ressourcen sind nicht auf junge Menschen beschränkt. Sie konnten in einem ähnlichen Zeitraum und auf Basis einer Längsschnitterhebung für die Wiener Bevölkerung insgesamt aufgezeigt werden (Zandonella 2021).

Abbildung 3: Verschlechterung der psychischen Gesundheit nach Auskommen mit dem Einkommen

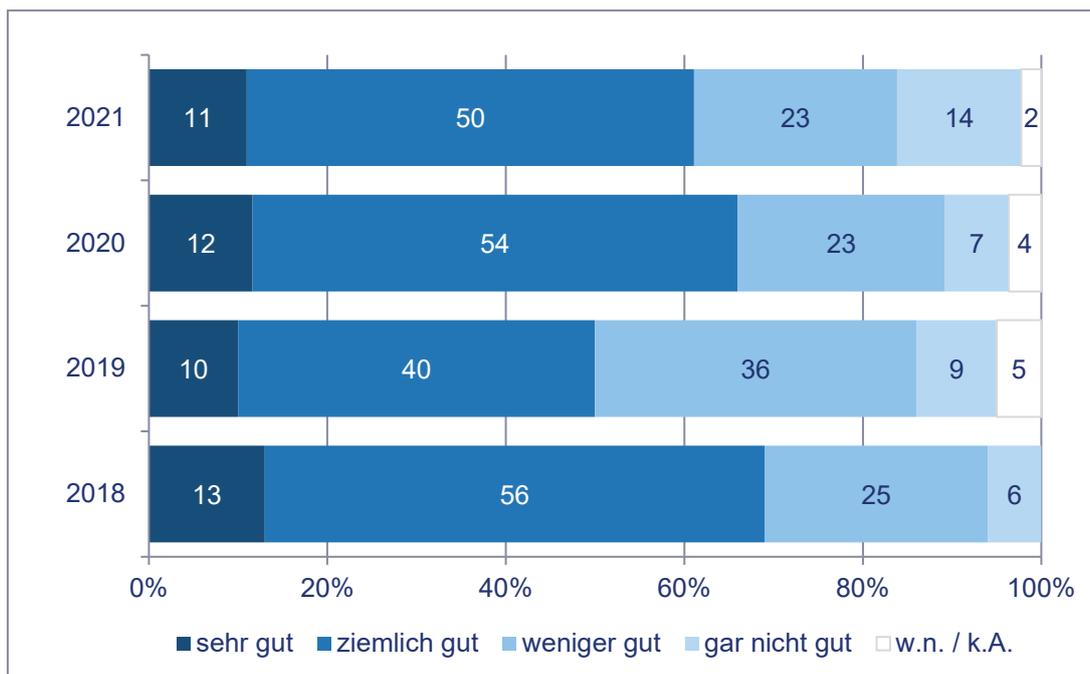


Frage im Wortlaut: „In den letzten Monaten hat die Corona Pandemie unseren Alltag stark verändert. Wie ist das bei Ihnen: Hat sich im Zuge der Pandemie Ihre psychische Gesundheit verbessert, verschlechtert oder ist sie gleichgeblieben?“

2 Was denken die jungen Menschen über die Demokratie in Österreich?

Wie geht es den jungen Menschen nun mit dem politischen System und was denken sie über die Demokratie in Österreich? Dass unser politisches System gut funktioniert, dachten zum Zeitpunkt der Befragung (13. August bis 5. Oktober 2021) 61% der jungen Menschen – ebenso viele wie im Jahr 2020. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich im Vergleich zum Vorjahr der Anteil an jungen Menschen, die hier gar nicht zustimmen, von 6% auf 14% verdoppelt hat (Abbildung 4). Hervor sticht ein starker Zusammenhang mit der Betroffenheit von den Folgen der Pandemie: Rund die Hälfte (48%) der jungen Menschen, deren psychische Gesundheit sich infolge der Pandemie verschlechtert hat, zweifelt an der Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Dasselbe gilt für 38% jener jungen Menschen, deren finanzielle Situation sich aufgrund der Pandemie verschlechtert hat.

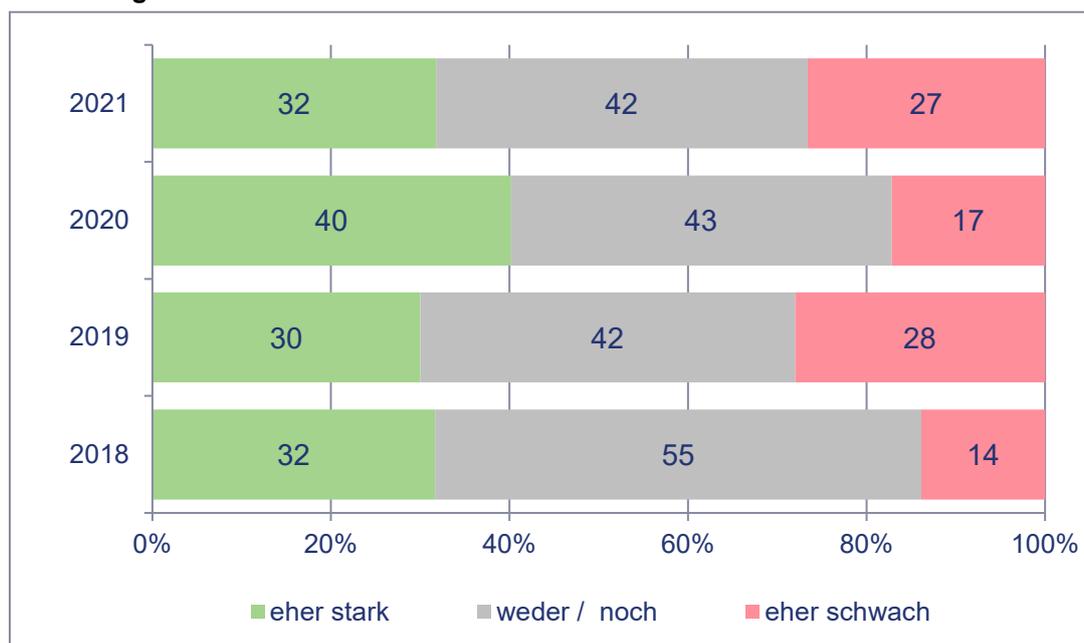
Abbildung 4: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachte: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Insgesamt deutlich verschlechtert hat sich im Jahresvergleich die Einschätzung der jungen Menschen in Bezug auf die Stärke unserer Demokratie: Mehr als ein Viertel (27%) – und damit um 10 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr – denkt, dass die Demokratie in Österreich eher schwach sei (Abbildung 5).

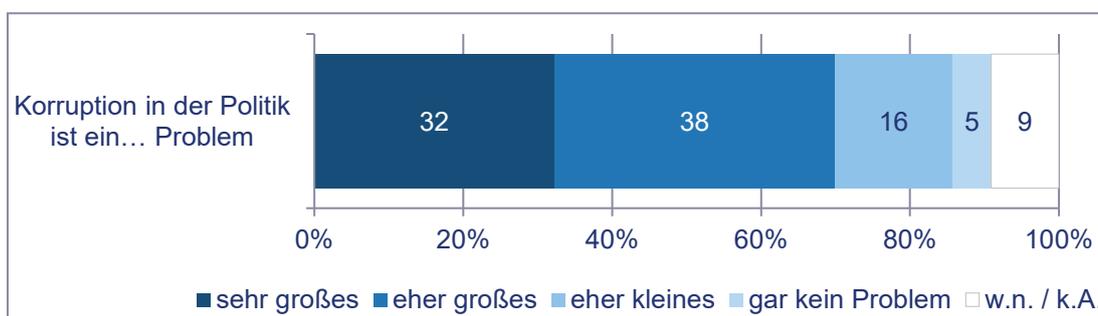
Abbildung 5: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?



Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

Diese Einschätzung entspricht jener von 2019, dem Jahr der Aufdeckung und der politischen Folgen der „Ibiza-Affäre“. Nun hat die vorliegende Befragung stattgefunden, bevor die politische Lage sich ab dem 6. Oktober im Zuge der „Inseraten-Affäre“ in ähnlicher Form zugespitzt hat. Entsprechende Chats wurden jedoch bereits ab Mai 2021 publik. Zum Zeitpunkt der Befragung vertraten dann auch bereits 70% der jungen Menschen die Ansicht, dass Korruption ein sehr oder eher großes Problem in der österreichischen Politik sei (Abbildung 6).

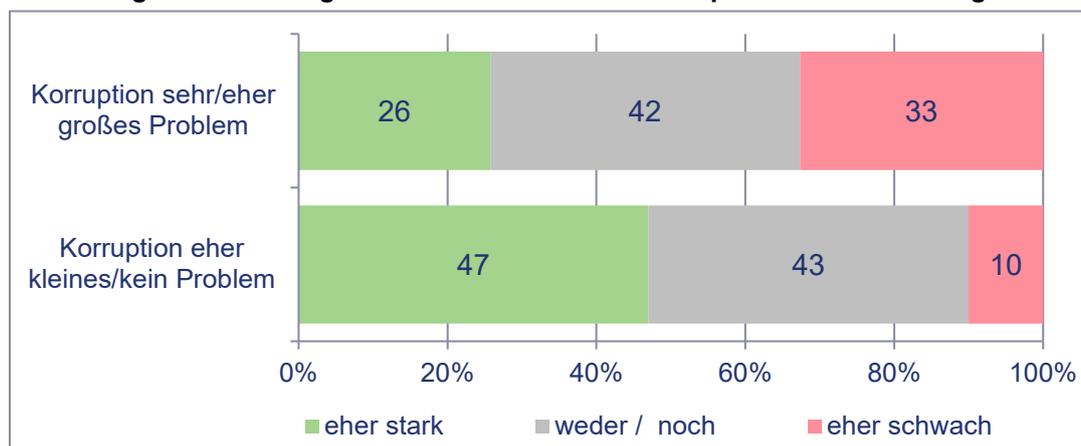
Abbildung 6: Korruption als Problem der Politik in Österreich



Frage im Wortlaut: „Was denken Sie: Ist bei uns in Österreich Korruption in der Politik ein sehr großes, eher großes, eher kleines oder gar kein Problem?“

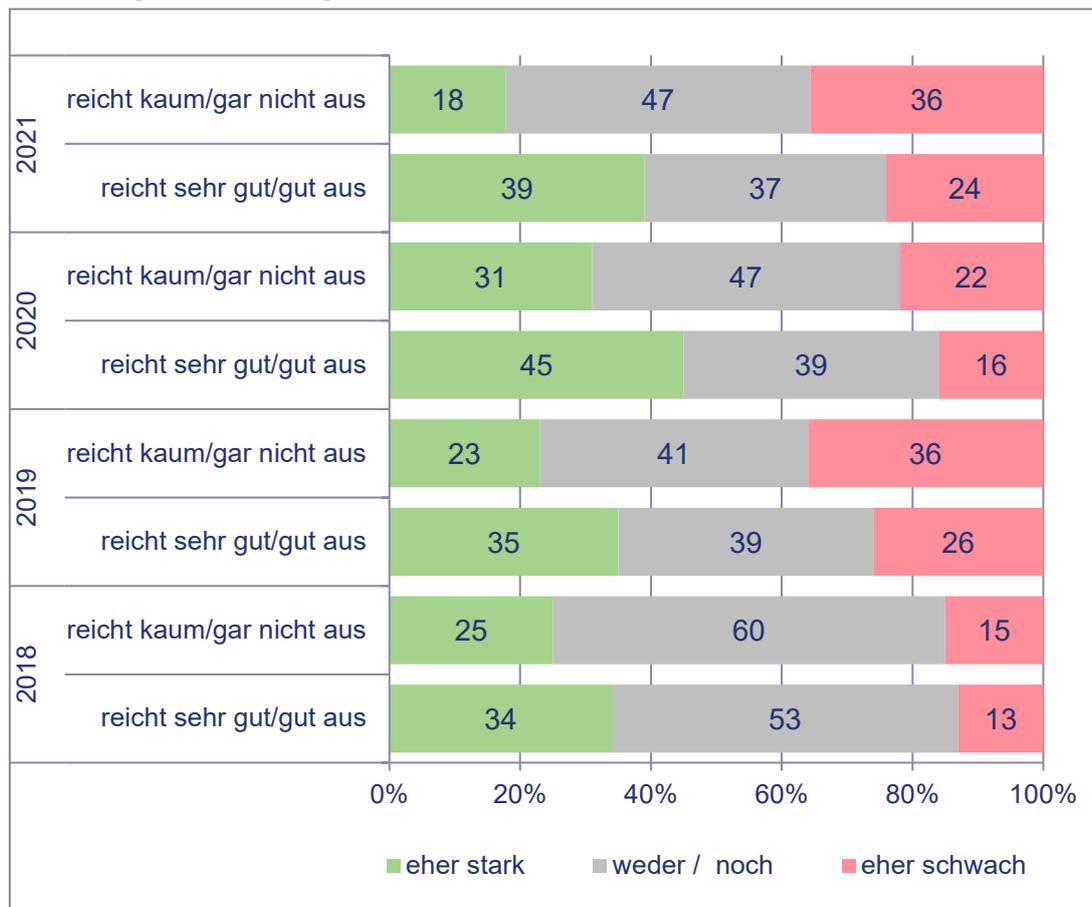
Ein Zusammenhang zwischen dieser Wahrnehmung und dem Vertrauen in das politische System ist naheliegend und auch offensichtlich: Unter jenen jungen Menschen, die Korruption für ein großes Problem der Politik halten, bewerten besonders viele unsere Demokratie als schwach (33% im Vergleich zu 10% jener, für die Korruption ein kleines oder gar kein Problem ist) (Abbildung 7).

Abbildung 7: Bewertung der Demokratie nach Korruptionswahrnehmung



Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

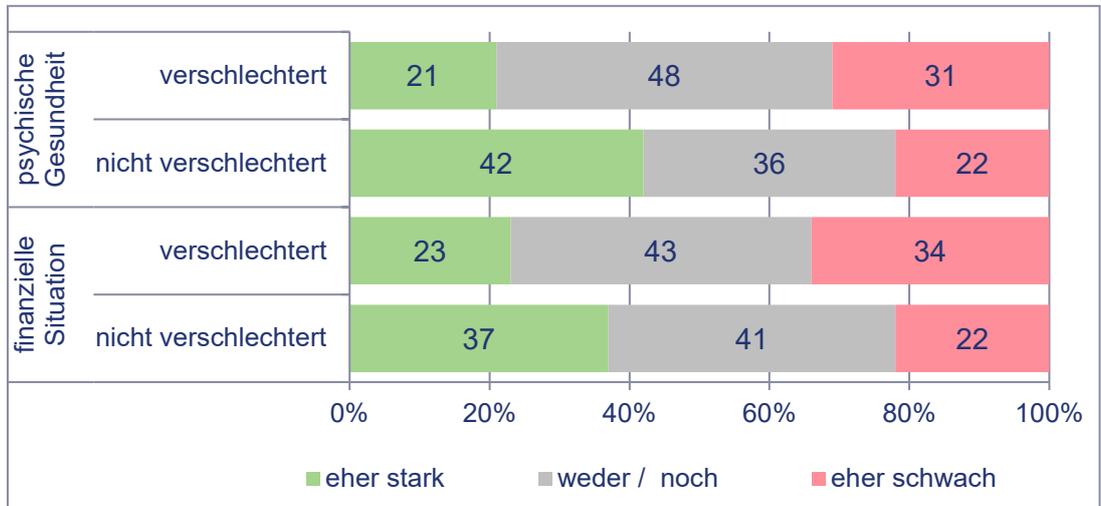
Derartige politische Affären schädigen das Vertrauen in die Demokratie anlassbezogen. Demgegenüber untergräbt ökonomische Unsicherheit über die Jahre hinweg konstant das Systemvertrauen (für Österreich zuletzt: Zandonella & Ehs 2021, Zandonella 2020). Dies gilt auch für die jungen Menschen: Zu allen vier Erhebungszeitpunkten denken die 16- bis 26-Jährigen in finanziell prekärer Lage wesentlich häufiger als ihre ressourcenstärkeren AlterskollegInnen, dass unsere Demokratie eher schwach sei (Abbildung 8).

Abbildung 8: Bewertung der Demokratie nach Auskommen mit dem Einkommen

Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

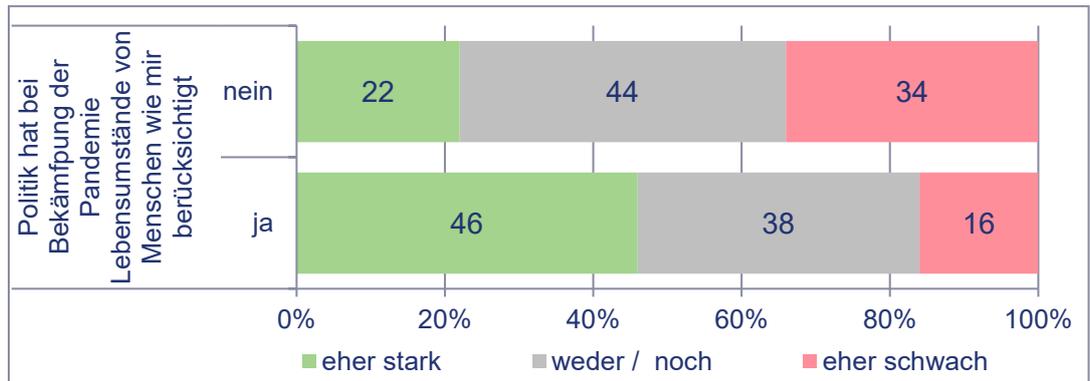
Auch die nicht enden wollende Pandemie geht am Vertrauen der jungen Menschen in die Stärke unserer Demokratie nicht spurlos vorüber. Einerseits sticht hier wiederum die Betroffenheit von den psychischen bzw. finanziellen Folgen hervor: Junge Menschen, deren psychische Gesundheit oder finanzielle Lage sich infolge der Pandemie verschlechtert haben, schätzen die Demokratie in Österreich deutlich schwächer ein (Abbildung 9). Andererseits hängt das gesunkene Vertrauen in die Demokratie auch damit zusammen, dass die Mehrzahl der jungen Menschen (58%) ihre Lebensumstände bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie nicht berücksichtigt sehen. Unter eben diesen 16- bis 26-Jährigen ist wiederum der Eindruck, dass die Demokratie in Österreich eher schwach ist, besonders weit verbreitet (Abbildung 10).

Abbildung 9: Bewertung der Demokratie nach Betroffenheit von den Folgen der Pandemie



Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

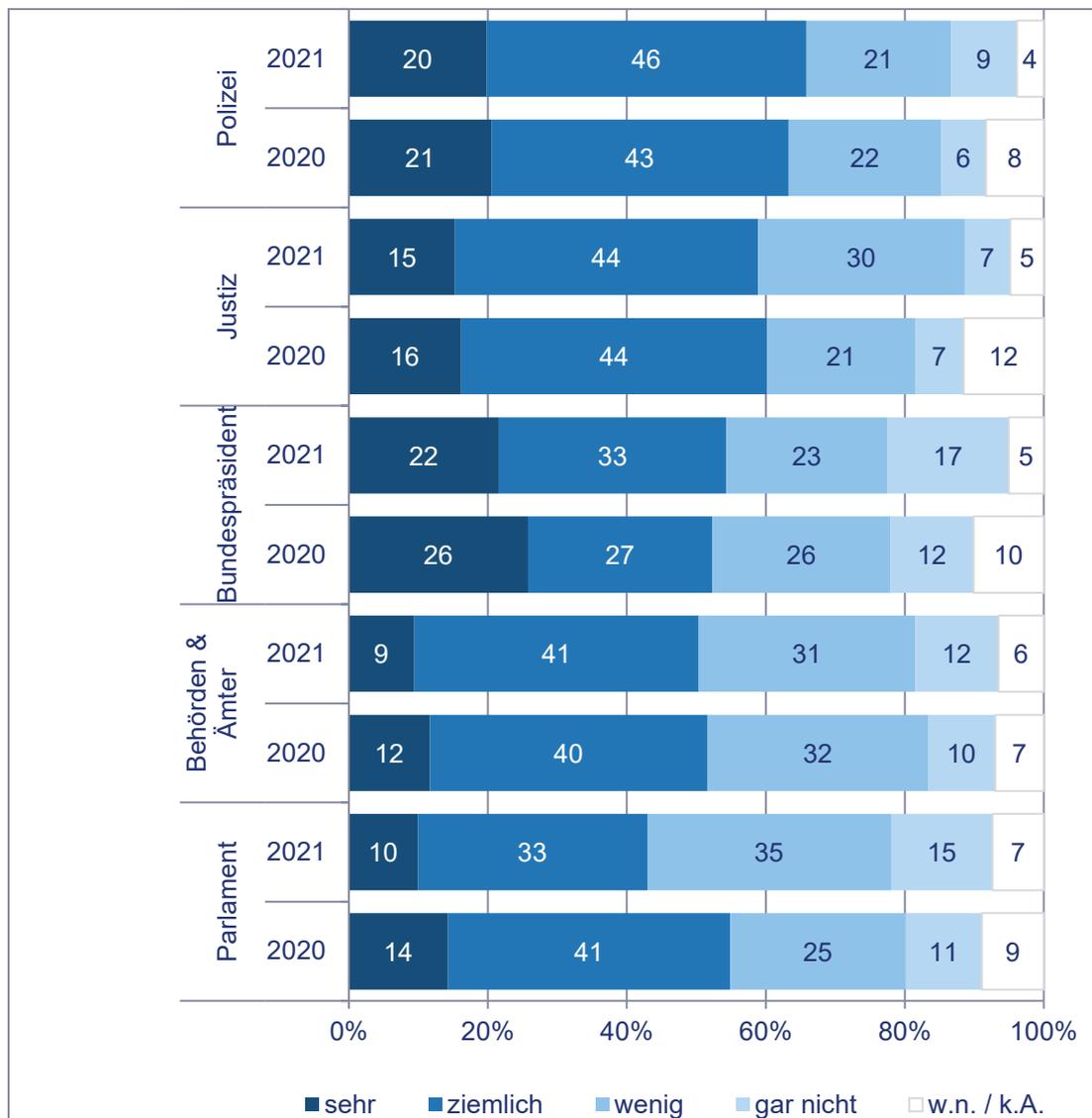
Abbildung 10: Bewertung der Demokratie nach politischer Repräsentation während der Pandemie



Frage im Wortlaut: „Was meinen Sie: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?“

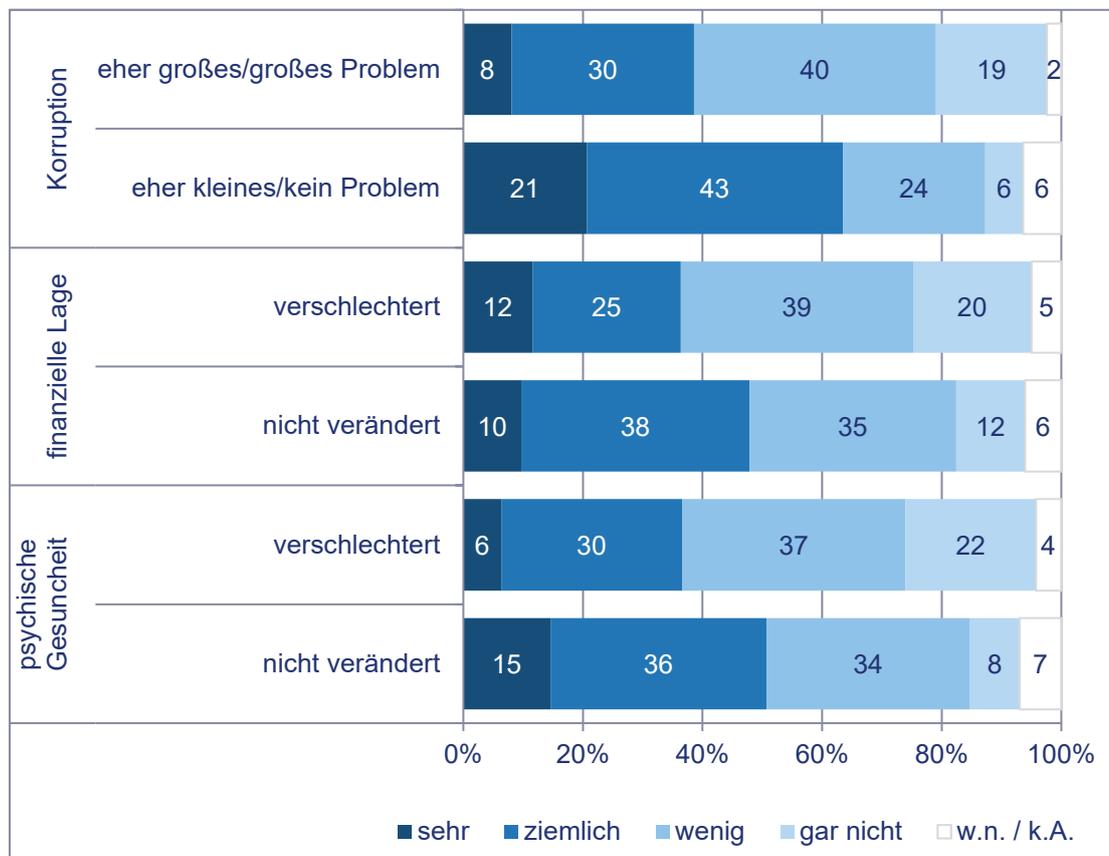
Eine ähnliche Entwicklung ist in Hinblick auf das Vertrauen in das Parlament zu beobachten: Dieses ist im Vergleich zum Vorjahr von 55% auf 43%, und damit um 12 Prozentpunkte gesunken (Abbildung 11). Wiederum spielen hierbei aktuelle politische Affären ebenso eine Rolle wie die noch immer andauernde Pandemie: Jene jungen Menschen, für die Korruption ein großes Problem der österreichischen Politik ist, vertrauen dem Parlament in besonders geringem Ausmaß (38%). Dasselbe gilt für die 16- bis 26-Jährigen, deren finanzielle Lage oder psychische Gesundheit sich infolge der Pandemie verschlechtert hat (37% bzw. 36%) (Abbildung 12).

Abbildung 11: Institutionenvertrauen



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

Abbildung 12: Vertrauen in das Parlament nach Korruptionswahrnehmung & Betroffenheit von finanziellen und psychischen Folgen der Pandemie



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie dem Parlament sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

Langfristig nagt am Vertrauen in das Parlament wiederum ökonomische Unsicherheit: Über alle vier Erhebungsjahre hinweg vertrauen die 16- bis 26-Jährigen in finanziell prekärer Lage dem Parlament in geringerem Ausmaß als ihre ressourcenstärkeren AlterskollegInnen (2021: 32% im Vergleich zu 48%). Dies hängt auch mit dem Eindruck zusammen, im Parlament nicht repräsentiert zu sein bzw. vom Parlament nicht repräsentiert zu werden. So denken 37% der jungen Menschen in prekärer finanzieller Lage, dass Menschen wie sie im Parlament gar nicht vertreten sind; Dasselbe gilt für nicht einmal 10% der ressourcenstärkeren 16- bis 26-Jährigen.

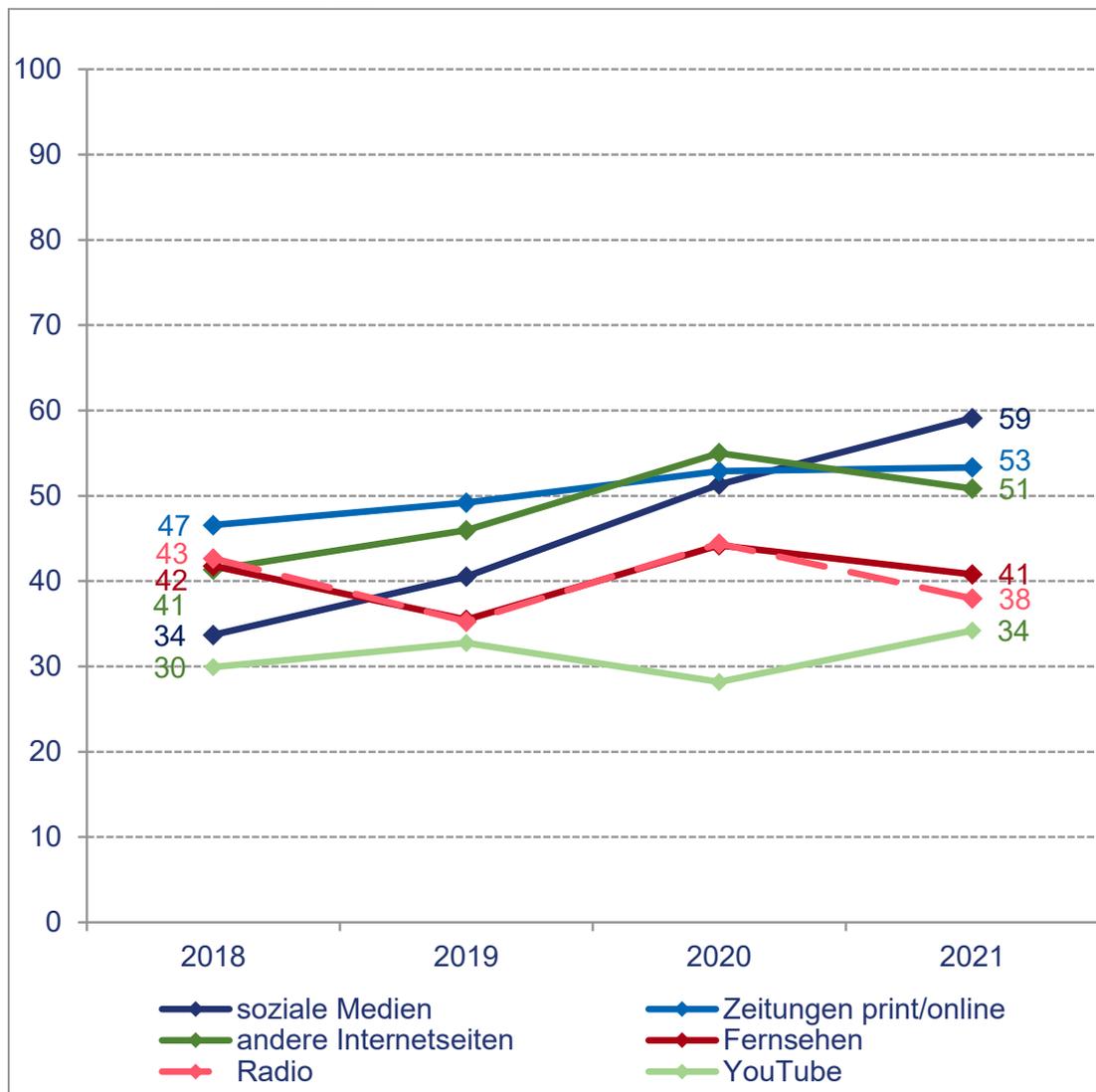
Abschließend fällt noch auf, dass sich im Jahresvergleich das Vertrauen in die anderen Institutionen nicht verändert hat (Abbildung 11). Dies verweist auf die zentrale Bedeutung bzw. die hohe Verantwortung des Parlaments gerade in politischen und gesellschaftlichen Ausnahmesituationen – das Vertrauen in dieses zentrale Gremium der repräsentativen Demokratie gerät als erstes in Wanken.

3 Wo informieren sich die jungen Menschen über Politik?

Die Mediennutzung der jungen Menschen ist seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2018 zentraler Bestandteil der vorliegenden Studie: In welchen Medien informieren sich die 16- bis 26-Jährigen über politische Themen? Und welche Social Media Plattformen sind für sie dabei relevant?

Über die Jahre hinweg sticht hervor, dass die Nutzung der sozialen Medien als Informationsquelle für politische Inhalte konstant zugenommen hat: Während 2018 noch 34% der jungen Menschen soziale Medien zumindest einmal wöchentlich als Quelle für politische Informationen nutzten, liegt der Anteil 2021 bei bereits 59%. Die sozialen Medien sind damit Bezugsquelle Nummer eins, wenn es um politische Informationen geht. Auch Zeitungen – print oder online – haben im selben Zeitraum etwas an Bedeutung gewonnen: Mit 53% nutzt derzeit mehr als die Hälfte der jungen Menschen dieses klassische Medium, um sich über Politik zu informieren. Andere Internetseiten werden etwas seltener genutzt als 2020, dennoch informieren sich nach wie vor die Hälfte der jungen Menschen (51%) auf diesem Weg über Politik. Auch Fernsehen und Radio haben nach einem Pandemie-Hoch im Jahr 2020 wieder etwas an Bedeutung verloren. YouTube wird hingegen über die Jahre hinweg konstant von circa einem Drittel der 16- bis 26-Jährigen als Quelle für politische Informationen herangezogen (Abbildung 13).

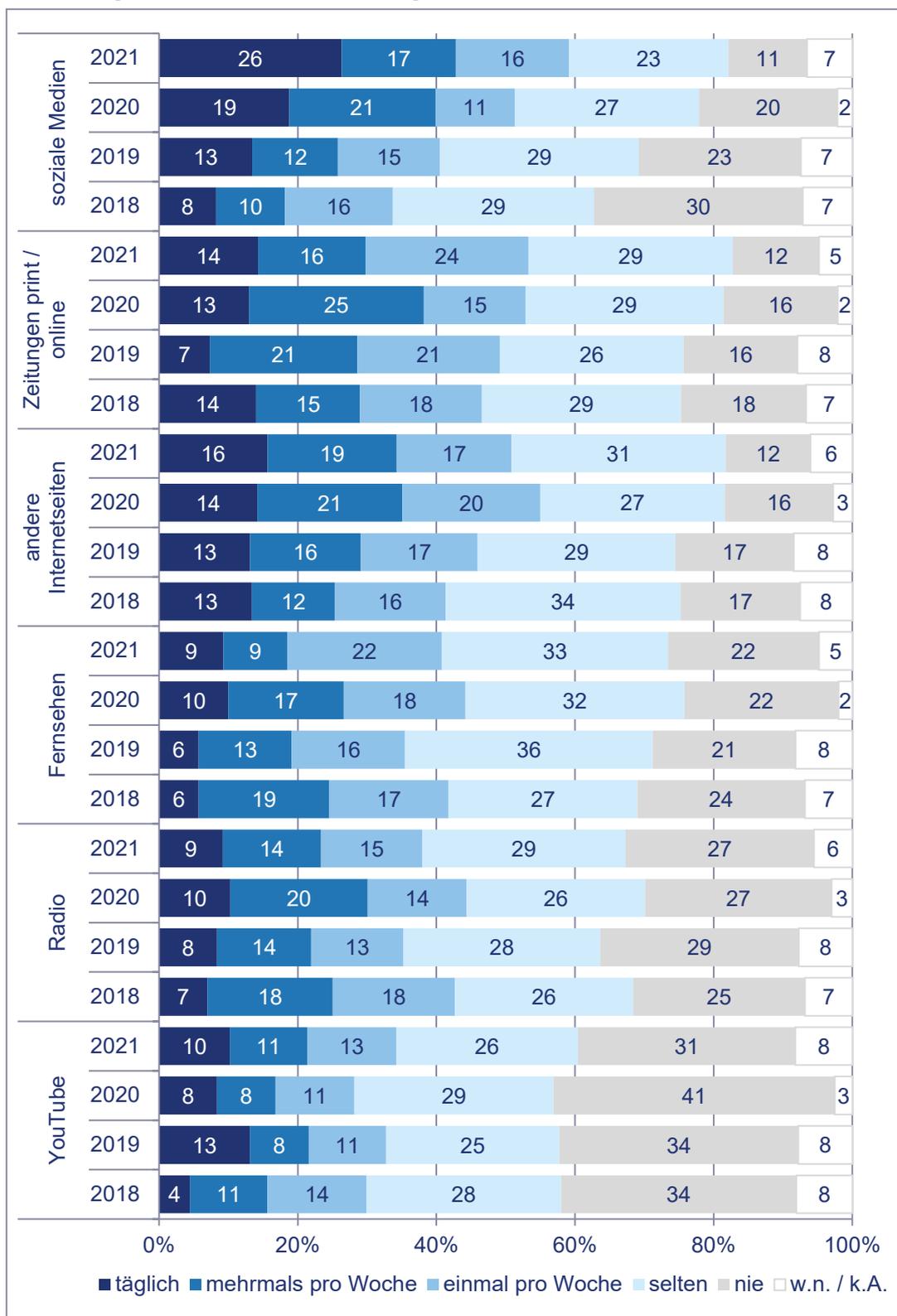
Abbildung 13: Mindestens einmal wöchentlich genutzte Medien für politische Information



Frage im Wortlaut: „Informieren Sie sich nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen ...?“. Angaben in Prozent „zumindest einmal wöchentlich“.

Das Informationsbedürfnis der jungen Menschen ist seit 2018 angestiegen und wird allen voran im Internet gestillt: Über die Jahre hinweg informieren sich immer weniger der 16- bis 26-Jährigen „nie“ in den sozialen Medien, in (Online-)Zeitungen oder auf anderen Internetseiten über Politik (Abbildung 14). Auch der Anteil an jungen Menschen, die sich auf gar keinem der erhobenen Medien informieren, ist deutlich gesunken: nur 1% der jungen Menschen informiert sich nie über politische Themen, 2018 waren es noch 7%.

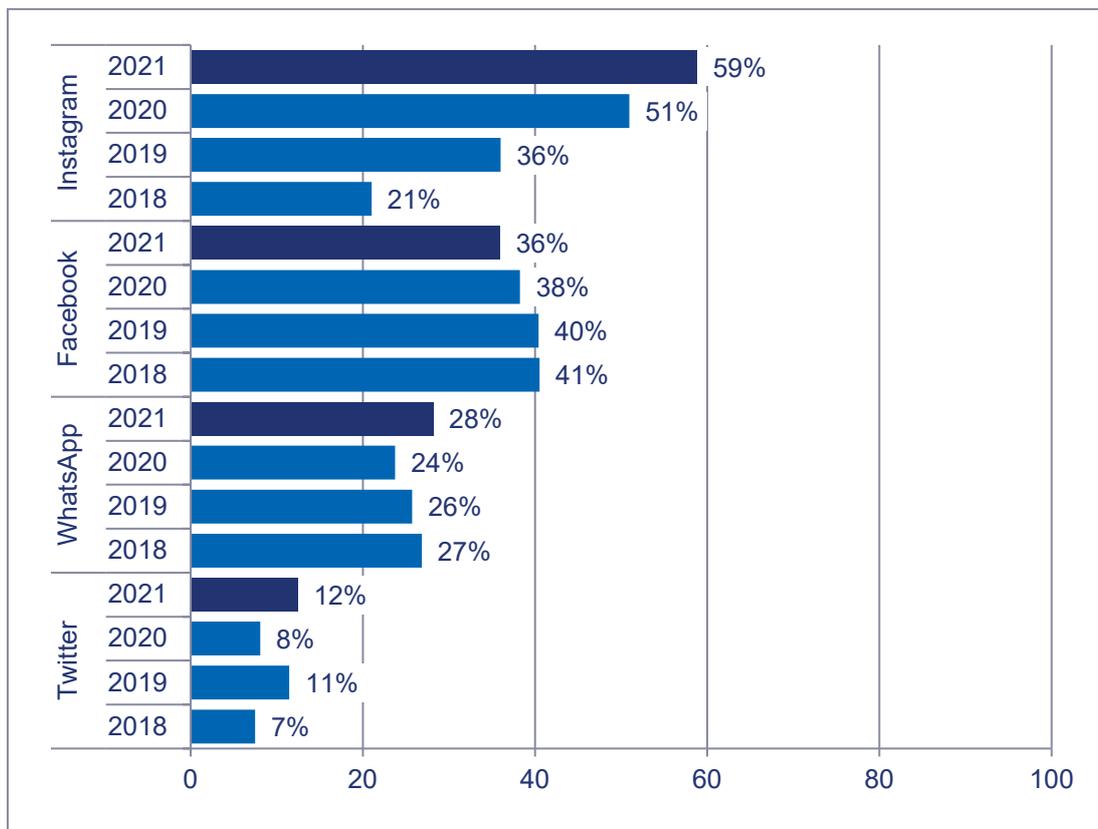
Abbildung 14: Quellen für den Bezug von Informationen über Politik



Frage im Wortlaut: „Informieren Sie sich nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen ...?“.

Nachdem die Sozialen Medien im Jahr 2021 weiter an Bedeutung gewonnen haben, stellt sich die Frage: In welchen Sozialen Medien suchen die jungen Menschen nach Informationen über Politik? Bereits 2020 hat die Bilder- und Videoplattform Instagram diesbezüglich alle anderen Anbieter überholt. 2021 hat sich dieser Trend verfestigt und Instagram ist wieder das wichtigste Online-Medium für die 16- bis 26-Jährigen: 59% von ihnen nutzen die App, um sich über Politik zu informieren. Facebook ist auch 2021 das zweitwichtigste Medium und wird von 36% genutzt, gefolgt von WhatsApp (28%) und Twitter (12%) (Abbildung 15).

Abbildung 15: Soziale Medien als Quelle für Informationen über Politik

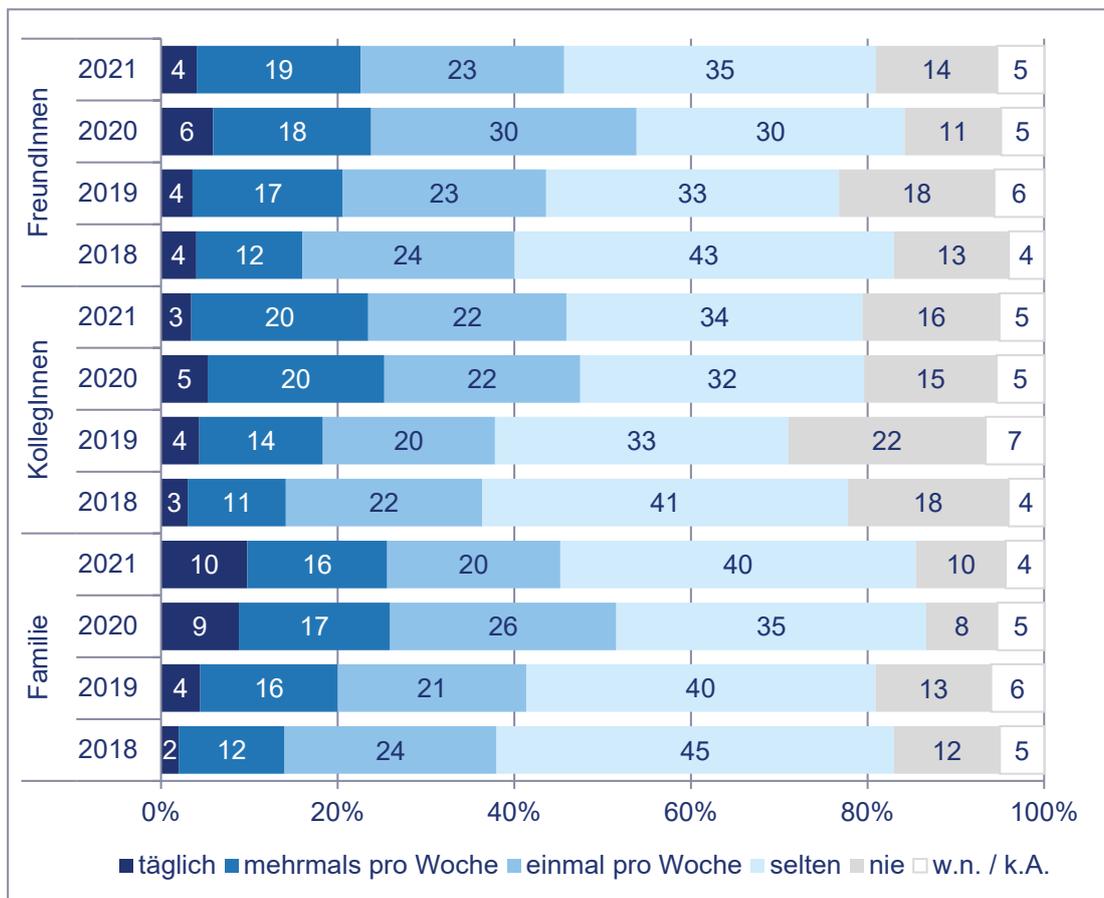


Anmerkung: Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Und in welchen Sozialen Medien informieren Sie sich da?“ Angaben in Prozent aller Befragten jungen Menschen.

4 Mit wem sprechen die jungen Menschen über Politik und welche politischen Themen beschäftigen sie?

Der 2020 im Zuge der Corona Pandemie beobachtete Anstieg an Gesprächen über politische Themen hat heuer wieder nachgelassen: Im Jahresvergleich sprechen die jungen Menschen etwas seltener mit ihren Familien und FreundInnen über Politik. Nicht verändert hat sich demgegenüber die Häufigkeit des Austausches mit KollegInnen – für Gespräche über Politik sind diese heuer ebenso wichtig wie Familie und FreundInnen (Abbildung 16).

Abbildung 16: Gespräche über Politik mit Familie, FreundInnen, KollegInnen



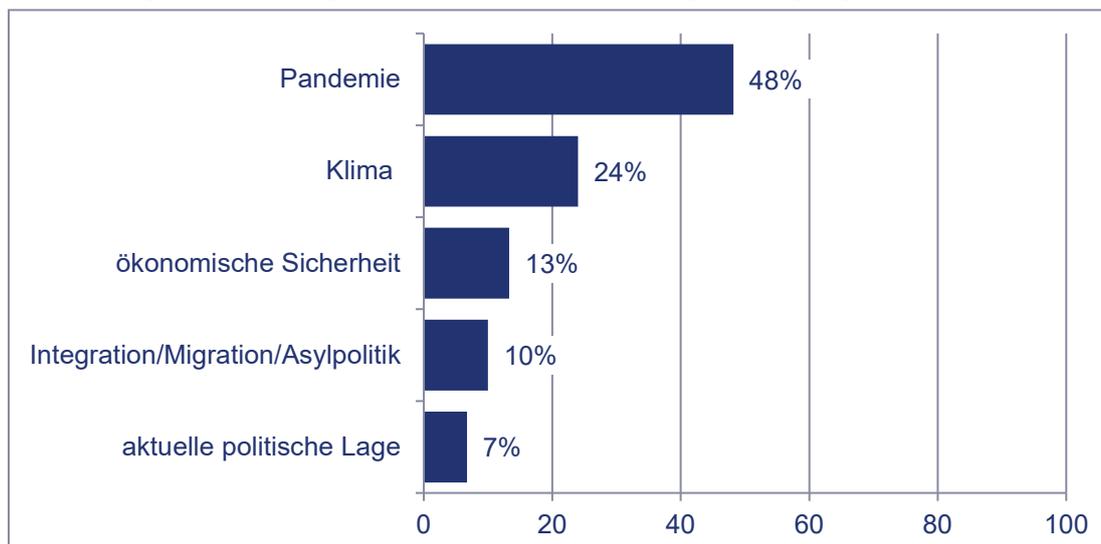
Frage im Wortlaut: „Und sprechen Sie mit FreundInnen / Familie / KollegInnen nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen?“

Über die Jahre hinweg kontinuierlich gesunken ist der Anteil an jenen jungen Menschen, die sich in ihrem Umfeld gar nicht über politische Themen austauschen: Betraf dies 2018 noch rund ein Fünftel der 16- bis 26-Jährigen, sank dieser Anteil bereits 2019 auf 7%. Sowohl 2020 als auch 2021 gilt nur noch für einzelne junge Menschen, dass sie weder mit ihren Familien noch mit FreundInnen oder KollegInnen über Politik sprechen. Hierzu beigetragen

haben außergewöhnliche politische Ereignisse („Ibiza-“/ „Inseratenaffäre“) und die Pandemie als gesellschaftliche Ausnahmesituation.

Welche politischen Themen liegen den jungen Menschen nun besonders am Herzen? Diese Frage wurde auch heuer wieder offen gestellt – die Befragten konnten also frei heraus antworten und diese Antworten wurden erst im Rahmen der Datenauswertung kategorisiert. Die aus Sicht der jungen Menschen dringendsten politischen Anliegen sind in Abbildung 17 zusammengefasst: An erster Stelle steht die Pandemie – dieses Thema beschäftigt rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen. Dahinter folgt das Klima bzw. der Klimaschutz – für ein Viertel (24%) das dringendste politische Thema. Aspekte rund um die ökonomische Sicherheit – hierzu zählen ein ausreichendes Einkommen und die Leistbarkeit des täglichen Lebens – sind wiederum für 13% der jungen Menschen besonders drängend.

Abbildung 17: Die dringendsten politischen Anliegen der jungen Menschen



Frage im Wortlaut: „Und was ist im Moment ihr dringendstes politisches Anliegen?“. In Prozent aller Antworten (Mehrfachantworten möglich).

Die Visualisierung aller Antworten auf die Frage nach den dringendsten politischen Anliegen offenbart die Vielfalt an Themen, welche die jungen Menschen beschäftigen: aktuelle innen- und außenpolitische Ereignisse (allen voran Korruption und Afghanistan), Bildung, das Gesundheitssystem oder die Covid-19-Impfung (Abbildung 18). Aber finden diese Themen, für die sich die jungen Menschen interessieren, auch Gehör in der Politik? Aus Sicht vieler 16- bis 26-Jährigen nicht: 52% von ihnen denken, dass die politischen Entscheidungen wenig bzw. gar nichts mit ihren politischen Anliegen zu tun haben.

Abbildung 18: Visualisierung aller genannten politischen Anliegen



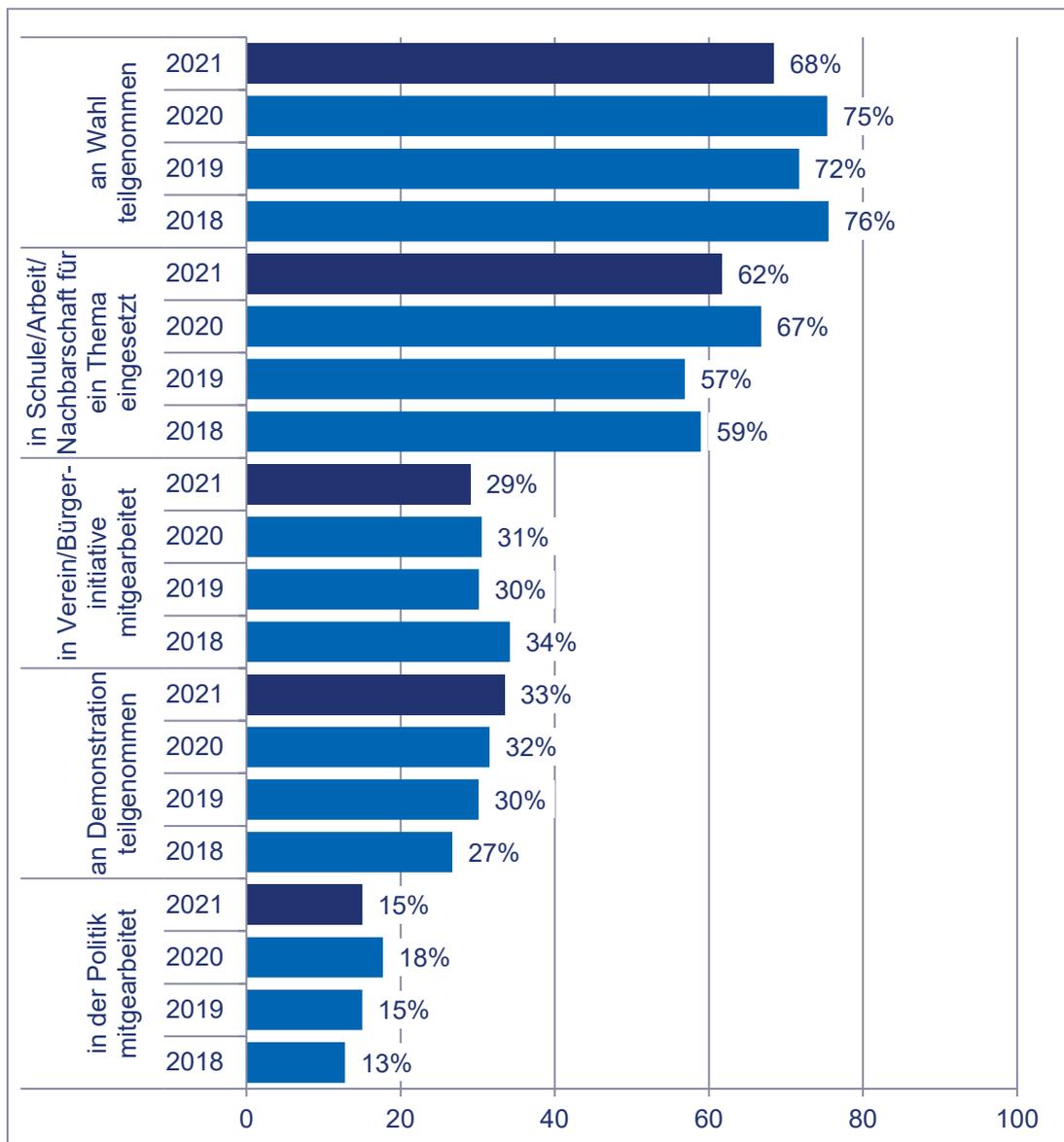
Anmerkung: Erstellt mit <https://www.wortwolken.com>; die genannten Themen werden entsprechend der Häufigkeit ihrer Nennungen kleiner oder größer dargestellt.

5 In welcher Form und in welchem Ausmaß beteiligen die jungen Menschen sich?

Eine Demokratie lebt mit der Beteiligung ihrer BürgerInnen. In welcher Art und Weise bringen sich die jungen Menschen in politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse ein? Wo sind sie in der Zivilgesellschaft aktiv?

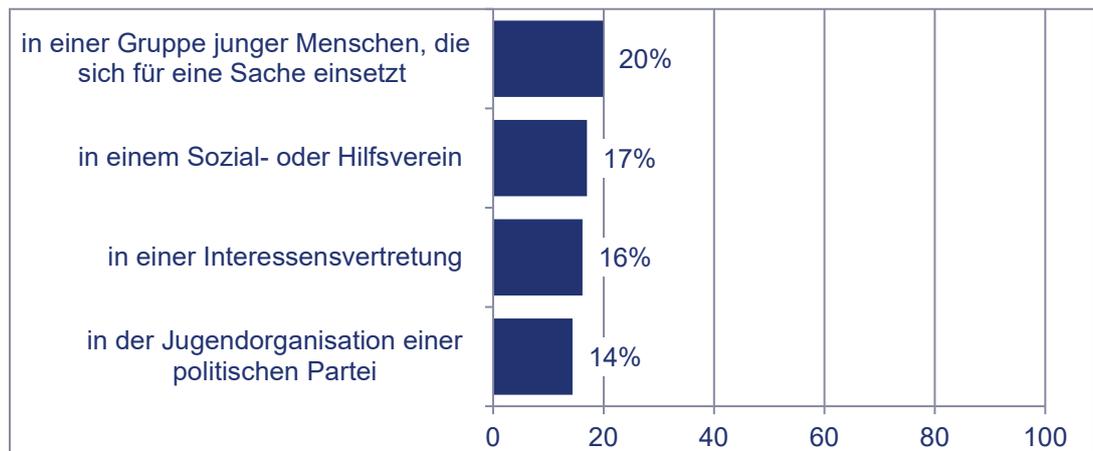
Nach wie vor – und hier unterscheiden sich die jungen Menschen nicht von der Gesamtbevölkerung – sind Wahlen die häufigste Form der Beteiligung: Rund zwei Drittel der 16- bis 26-Jährigen (68%) haben in den letzten fünf Jahren ihre Stimme bei einer Wahl abgegeben. Gleich dahinter folgt die Partizipation im direkten Umfeld – 62% der jungen Menschen haben sich in Schule, Arbeit oder Nachbarschaft für einen anderen Menschen oder ein bestimmtes Thema eingesetzt. Beide Beteiligungsformen sind im Jahresvergleich etwas zurückgegangen, wobei das Schul- und Arbeitsjahr durch die Einschränkungen der Pandemie geprägt war und keine bundeweite Wahlen bzw. auch nur eine Landtagswahl stattgefunden haben.

In Vereinen sowie Bürgerinitiativen sind nach wie vor rund drei von zehn jungen Menschen aktiv – dieses Engagement ist im Jahresvergleich stabil geblieben. Letzteres gilt auch für die Teilnahme an Demonstrationen und die Mitarbeit in der Politik, welche für 33% bzw. 15% ein Mittel sind, um ihren Anliegen Ausdruck zu verleihen (Abbildung 19).

Abbildung 19: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

Anmerkung: Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

Hinsichtlich der Organisationsformen, in welchen sich die Anliegen der jungen Menschen bündeln, stehen informelle Gruppe an erster Stelle: Ein Fünftel der 16- bis 26-Jährigen ist in einer selbstorganisierten Gruppe, die sich für eine bestimmte Sache einsetzt, aktiv. Beinahe ebenso viele jungen Menschen sind in einem Sozial-/Hilfsverein aktiv (17%) oder bringen sich in einer Interessensvertretung ein (16%). In Jugendorganisationen von Parteien sind 14% der jungen Menschen tätig (Abbildung 20) – etwas mehr als im Vorjahr, da haben sich 10% auf diesem Weg für ihre politischen Anliegen eingesetzt.

Abbildung 20: Form der Organisation

Anmerkung: Angaben in Prozent. Frage im Wortlaut: „Und sind Sie aktiv in einer der folgenden Organisationen oder Gruppierungen?“

Der Partizipations-Gap – die soziale Schere in Hinblick auf die Beteiligung an demokratischen Prozessen – zieht sich durch alle Erhebungsjahre. Auch 2021 sind beispielsweise 11% der 16- bis 26-Jährigen in finanziell prekärer Lage in Jugendorganisationen von Parteien aktiv, jedoch 16% ihrer ressourcenstärkeren AlterskollegInnen. Im Gegensatz dazu gelingt es den Interessensvertretungen, junge Menschen aller Schichten im selben Ausmaß anzusprechen – die Beteiligung entlang der Verfügbarkeit von ökonomischen Ressourcen ist hier ausgeglichen.

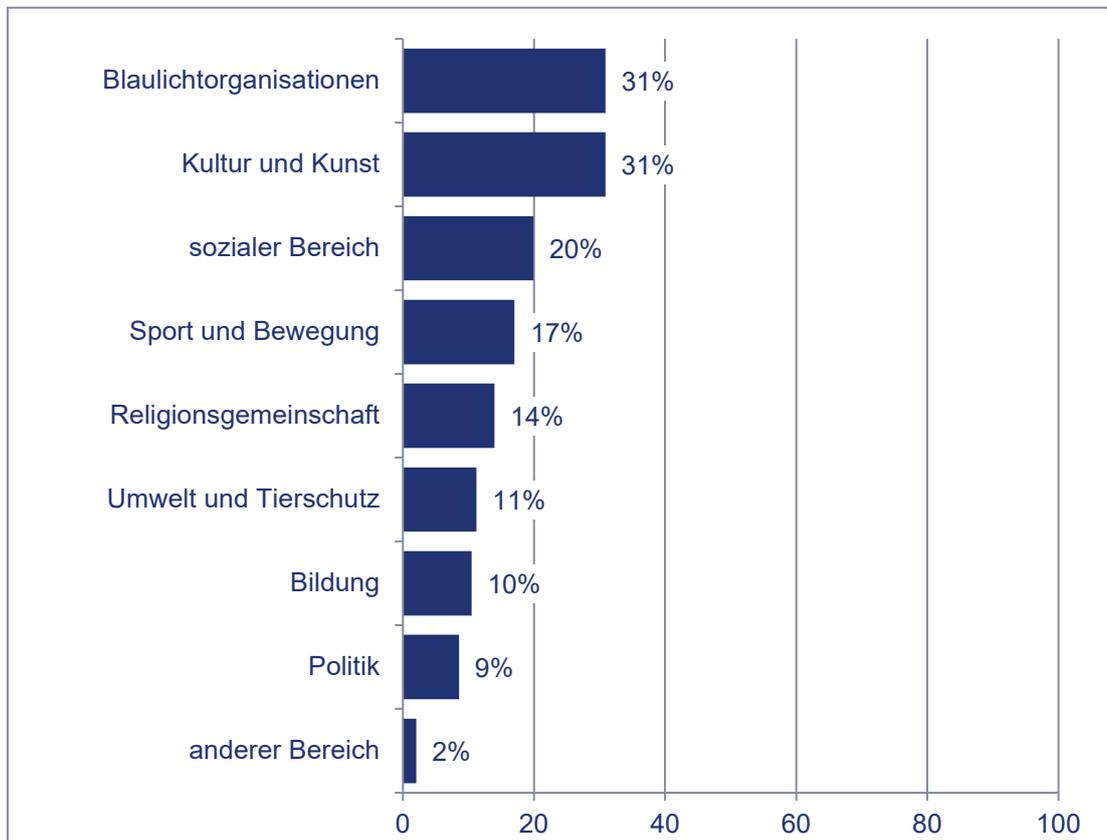
In den meisten Fällen erfolgt sowohl politische als auch zivilgesellschaftliche Beteiligung ehrenamtlich, also freiwillig und ohne Bezahlung. Vor allem in Form von Nachbarschaftshilfe hat das Ehrenamt im Zuge der Pandemie an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig haben die Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie ehrenamtliche Arbeit deutlich erschwert. Um auf die gesellschaftliche Bedeutung dieser Arbeit bzw. auf den gesellschaftlichen Beitrag der ehrenamtlich Tätigen aufmerksam zu machen, hat das Parlament für das 2021 das Thema Ehrenamt bzw. Freiwilligenarbeit in den Mittelpunkt gestellt¹.

Trotz Pandemie ist derzeit rund ein Fünftel der jungen Menschen ehrenamtlich engagiert. Die Bereiche dieser Freiwilligenarbeit sind vielfältig, wobei Blaulichtorganisationen sowie der Kultur- und Kunstbereich an erster Stelle stehen (jeweils 31% der ehrenamtlich tätigen jungen Menschen sind hier aktiv). Darauf folgen der soziale Bereich und der Sport, in welchen sich 20% bzw. 17% der Ehrenamtlichen engagieren. Religionsgemeinschaften sind

¹ [Ehrenamt 2021 | Parlament Österreich](#)

wiederum für 14% der jungen Ehrenamtlichen jener Bereich, in dem sie aktiv sind. Jeweils rund zehn Prozent der ehrenamtlich tätigen sind im Umwelt- und Tierschutz, im Bildungsbereich und in der Politik engagiert (Abbildung 21).

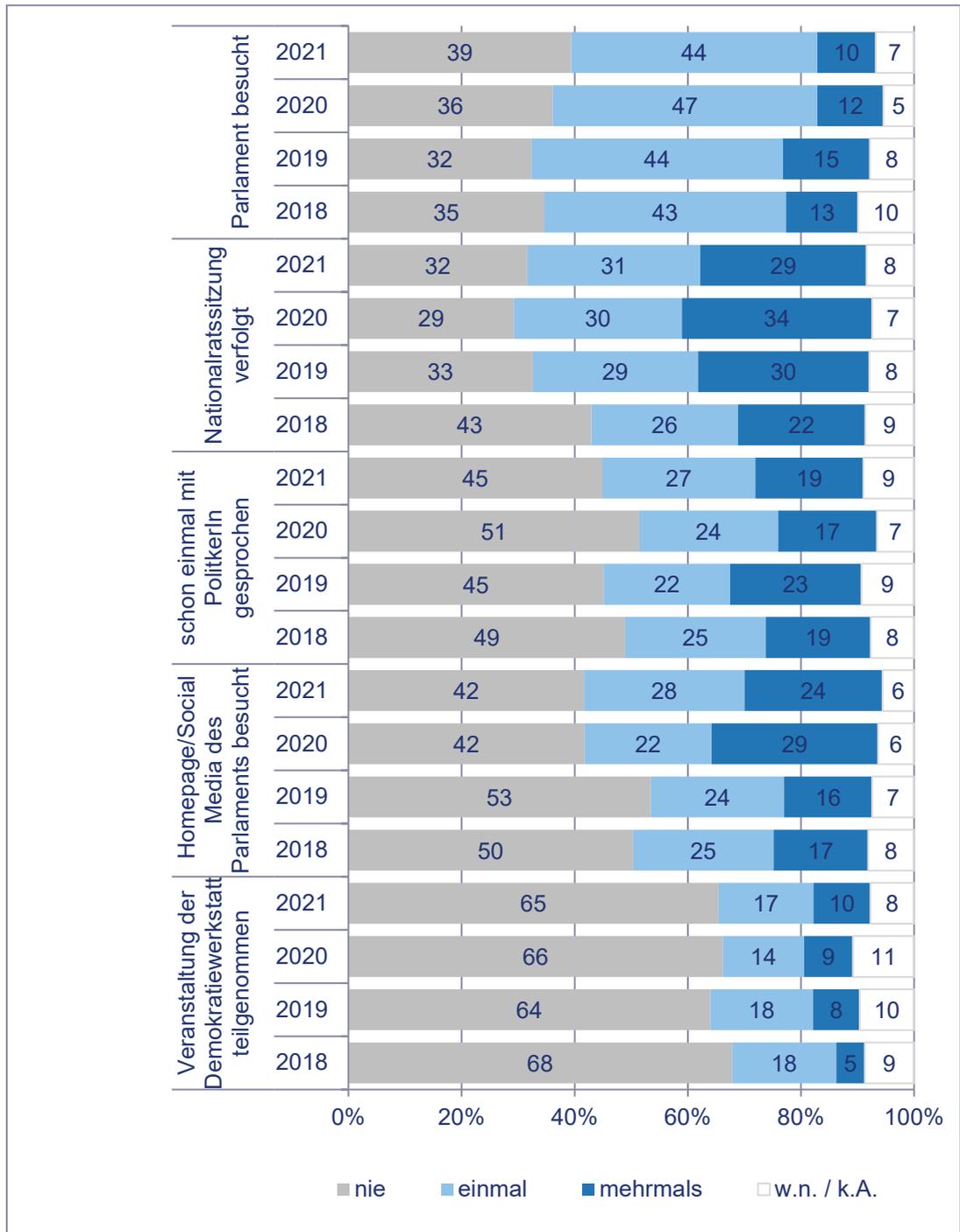
Abbildung 21: Bereiche ehrenamtlichen Engagements



Anmerkung: Frage im Wortlaut: (Wenn ehrenamtlich aktiv): „Und in welchem Bereich sind Sie da engagiert?“ Ehrenamtlich tätige Befragte, in Prozent der Antworten (Mehrfachantworten möglich).

In Hinblick auf Beteiligung stellt sich abschließend die Frage, ob bzw. in welchem Ausmaß die jungen Menschen Kontakt zu zentralen demokratischen Institutionen haben. Mit dem Parlament zumindest einmal in Berührung gekommen ist mehr als die Hälfte der jungen Menschen – sei es beim Verfolgen einer Nationalratssitzung im Fernsehen bzw. online (60%), durch einen Besuch vor Ort (55%) oder über die Website bzw. die Social-Media-Kanäle des Parlaments (52%). Schon einmal mit PolitikerInnen gesprochen haben 46% der jungen Menschen, an einer Veranstaltung der Demokratiewerkstatt teilgenommen haben 27% (Abbildung 22).

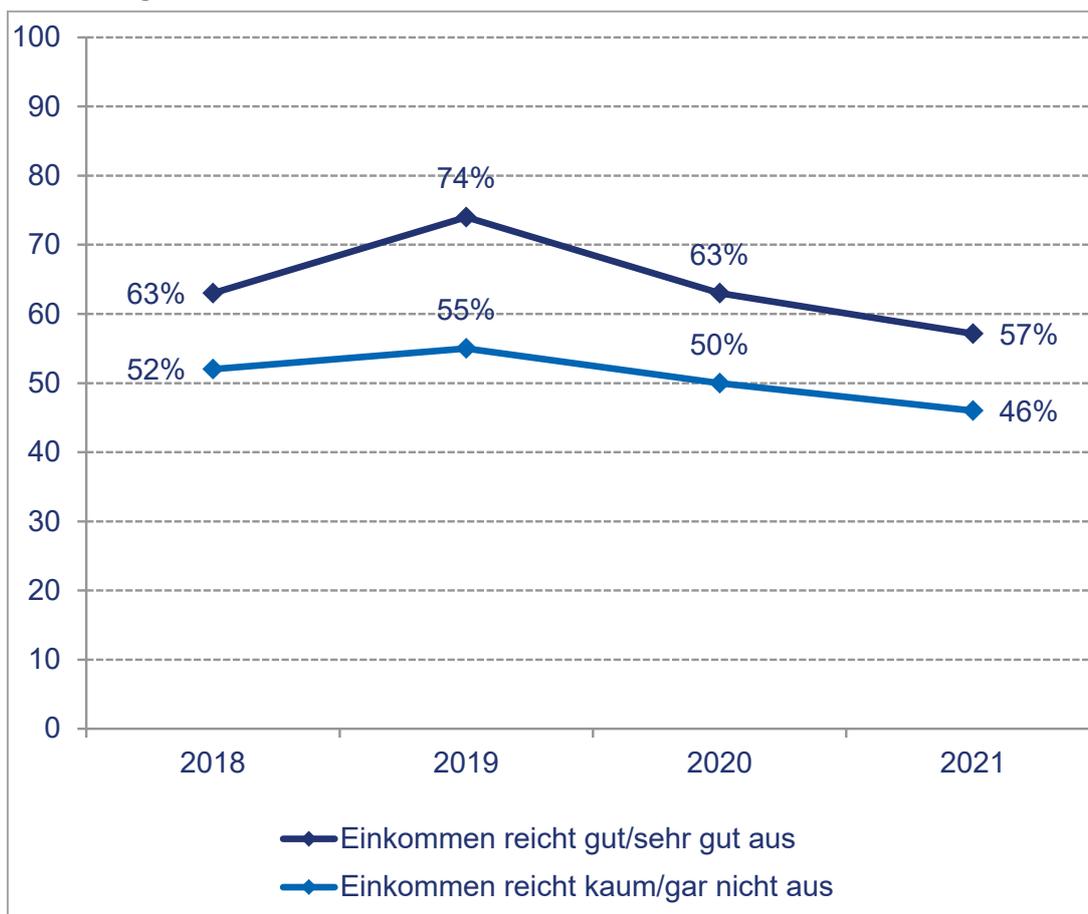
Abbildung 22: Kontakt zu demokratischen Institutionen und AkteurlInnen



Frage im Wortlaut: „Haben Sie schon einmal...?“

Der bereits erwähnte Partizipations-Gap zeigt sich auch im Kontakt zu demokratischen Institutionen: Über die Jahre hinweg ist das politische System für junge Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen schwerer greifbar. So hatten zuletzt immer noch 57% der ressourcenstärkeren 16- bis 26-Jährigen die Möglichkeit, das Parlament zu besuchen, jedoch nur 46% ihrer AlterskollegInnen mit geringen Ressourcen (Abbildung 23).

Abbildung 23: Parlamentsbesuch nach Auskommen mit dem Einkommen



Frage im Wortlaut: „Haben Sie schon einmal das Parlament besucht?“ Angaben in Prozent „zumindest einmal“.

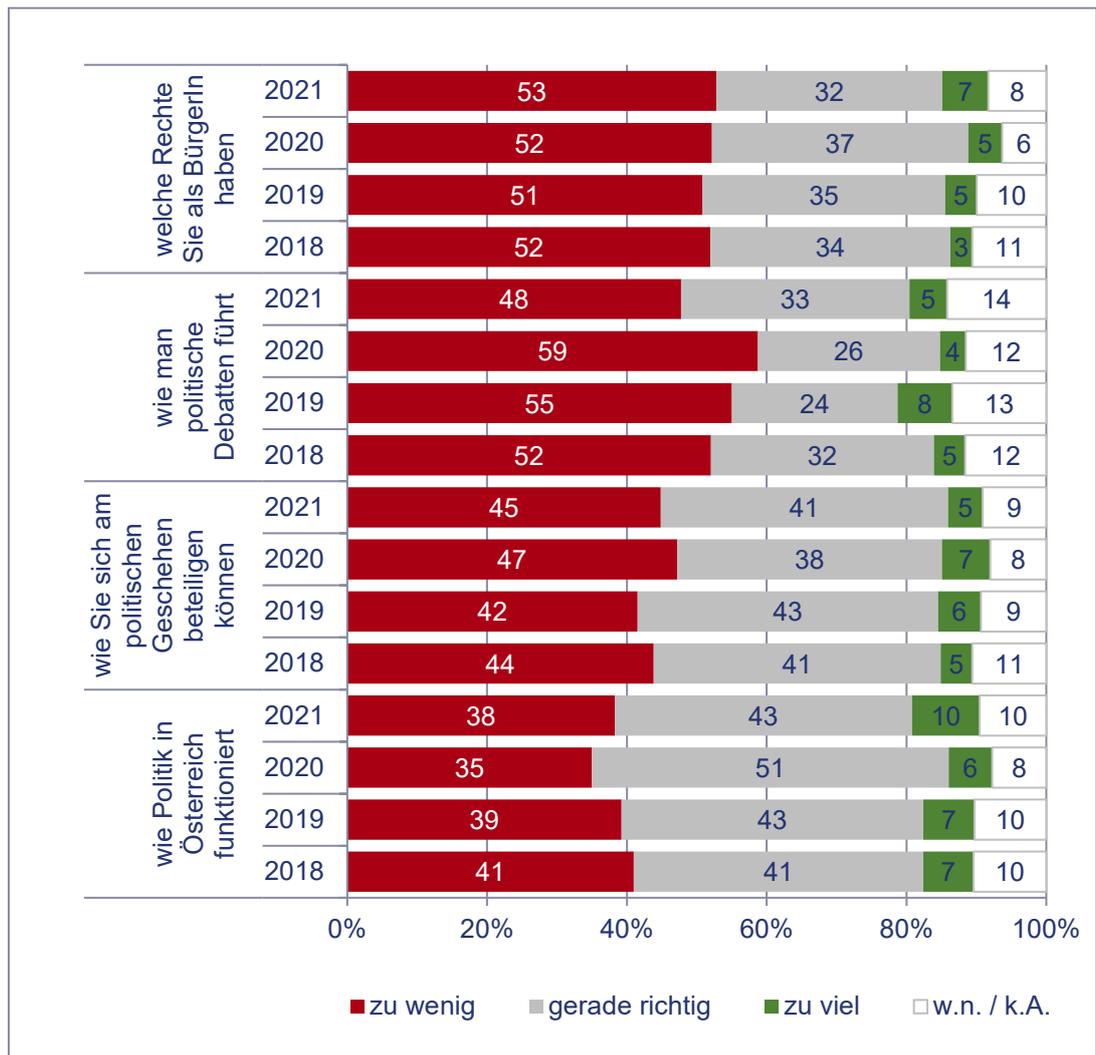
6 Wie bewerten die jungen Menschen ihre schulische politische Bildung?

Die schulische politische Bildung spielt eine zentrale Rolle in der demokratischen Sozialisation junger Menschen: Schule kann das Interesse an gesellschaftlichen Prozessen wecken und demokratisches Bewusstsein fördern. Politische Beteiligung kann im Rahmen von Schule gelebt, die Wirksamkeit von Partizipation erlebt werden. Die Schulschließungen infolge der Pandemie sind auch für die politische Bildung eine besondere Herausforderung. Vor allem ihr partizipativer Charakter ist in den vergangenen beiden Schuljahren über weite Strecken weggebrochen. Daran anschließend: Wie geht es den jungen Menschen mit ihrer schulischen politischen Bildung?

Anschließend an die Erhebungen der vergangenen Jahre stehen auch heuer wieder zwei Kompetenzbereiche von politischer Bildung im Mittelpunkt unseres Interesses: Erstens Sachkompetenz, welche das Verständnis, die Anwendung sowie die kritische Weiterentwicklung der Konzepte des Politischen beinhaltet. Zweitens Handlungskompetenz, welche die Fähigkeit zum Verständnis politischer Positionen und die Fähigkeit, an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken, umfasst (Krammer 2008).

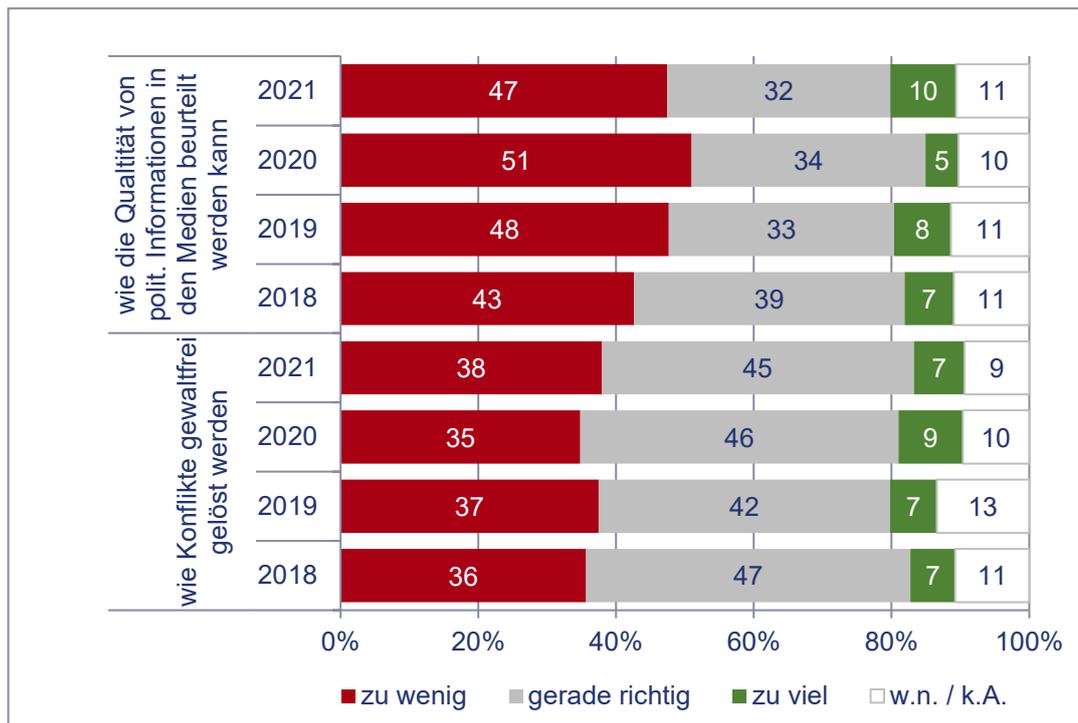
Nach wie vor ist der Blick der jungen Menschen auf ihre schulische politische Bildung eher kritisch: Jeweils rund die Hälfte denkt, nicht genug über die eigenen Rechte (53%) bzw. darüber gelernt zu haben, wie politische Debatten geführt werden (48%). Ebenso attestieren 45% der jungen Menschen ihrer Schule zu wenig Anstrengung bei der Vermittlung von Beteiligungskompetenzen, 38% teilen diese Kritik in Hinblick auf Wissen darüber, wie das politische System in Österreich funktioniert (Abbildung 24).

Hervor sticht, dass im Vergleich mit den Vorgängerjahren derzeit weniger jungen Menschen denken, zu wenig über das Führen politischer Debatten gelernt zu haben (2020 waren es noch 59% und damit um 11 Prozentpunkte mehr als 2021). Nun haben im Jahr 2020 infolge der Pandemie die Gespräche über politische Themen zugenommen (siehe Kapitel 4) – politische Debatten wurden damit auch stärker Teil des Alltags der jungen Menschen und Kompetenzen wurden „nebenbei“ aufgebaut.

Abbildung 24: Bewertung der Vermittlung von Sachkompetenz

Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

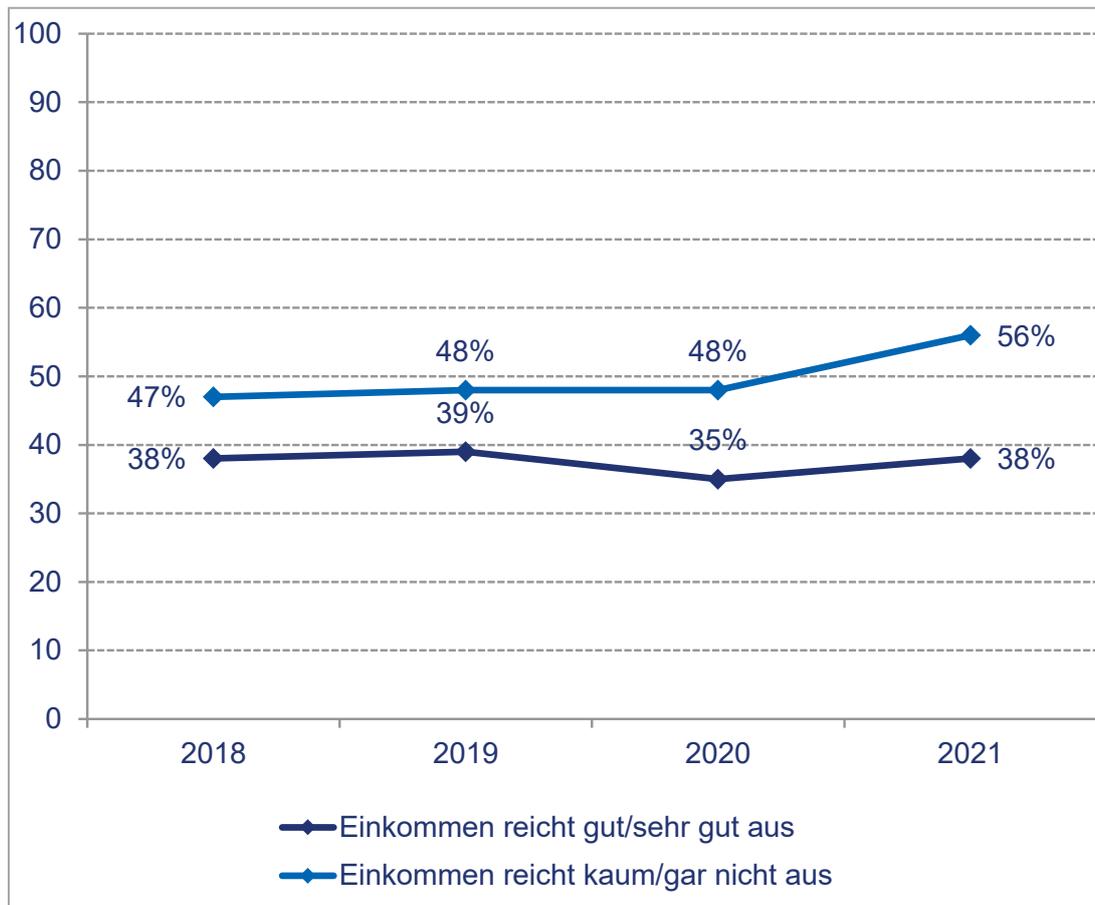
In Zusammenhang mit Handlungskompetenz kritisiert nach wie vor fast die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen (47%), dass in der Schule Medienkompetenz zu kurz kommt. Über die Erhebungsjahre hinweg konstant ist auch der Anteil jener jungen Menschen, die davon überzeugt sind, zu wenig über gewaltfreie Konfliktlösung gelernt zu haben (derzeit 38%) (Abbildung 25).

Abbildung 25: Bewertung der Vermittlung von Handlungskompetenz

Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

Auch in Zusammenhang mit Schule wird deutlich, dass die Pandemie bestehende soziale Ungleichheiten nicht nur fortschreibt, sondern weiter verstärkt. Über alle Erhebungsjahre hinweg berichten die 16- bis 26-Jährigen mit geringen ökonomischen Ressourcen deutlich häufiger als ihre ressourcenstärkeren AlterskollegInnen davon, in der Schule zu wenig Sach- und Handlungskompetenz vermittelt bekommen zu haben. Nun ist dieser Spalt noch einmal weiter aufgegangen. So sind 38% der jungen Menschen ohne finanzielle Sorgen der Ansicht, zu wenig über ihre Beteiligungsmöglichkeiten gelernt zu haben, jedoch 56% der jungen Menschen in finanziell prekärer Lage (Abbildung 26). Die Schule ist und bleibt ein zentraler Ort für die Vermittlung politischer Bildung – fällt sie aus, trifft das allen voran jene, die vom politischen System insgesamt häufiger ausgeschlossen werden.

Abbildung 26: Zu wenig über politische Beteiligungsmöglichkeiten gelernt nach Auskommen mit dem Einkommen



Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, wie Sie sich am politischen Geschehen beteiligen können?“
Angaben in Prozent „zu wenig“.

7 Zusammenfassung

Auch dieses Jahr berichtet die Sonderauswertung des Demokratie Monitors für das Österreichische Parlament darüber, wie es jungen Menschen mit dem politischen System in Österreich geht und wo bzw. in welchem Ausmaß sie mit Demokratie in Berührung kommen. Mit der inzwischen vierten Befragung können außerdem Entwicklungen über die Zeit eingeschätzt werden. Im Rahmen der aktuellen Erhebung wurden vom 13. August bis 5. Oktober 300 16- bis 26-Jährige mittels Telefon- und Online-Interviews befragt.

Mit zunehmender Dauer der Pandemie sind immer mehr junge Menschen von ihren Folgen betroffen: Inzwischen berichtet beinahe die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit, bei vier von zehn hat sich die finanzielle Lage zugespitzt. Im Gegensatz zu 2020 betrifft die Verschlechterung der psychischen Gesundheit nun auch vermehrt ökonomisch gut abgesicherte junge Menschen. Entlang der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen hat ihre Resilienz erst mit zunehmender Dauer der Pandemie abgenommen, während sich die psychische Gesundheit ihre AlterskollegInnen in prekären Lagen bereits in den ersten Pandemienmonaten verschlechtert hat.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Vertrauen in das politische System gesunken: drei von zehn jungen Menschen denken, dass die Demokratie in Österreich eher schwach sei. Auch dem Parlament vertrauen inzwischen weniger als die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen.

Auf das Systemvertrauen drückt dabei zum einen die Pandemie: Jene jungen Menschen, die von den finanziellen oder psychischen Folgen der Pandemie betroffenen sind, zweifeln in besonders hohem Ausmaß an der Stärke unserer Demokratie und haben Vertrauen in das Parlament verloren. Für die Mehrzahl der 16- bis 26-Jährigen gilt wiederum, dass sie ihre Lebenssituation bei der Bekämpfung der Pandemie nicht berücksichtigt sehen. Auch diese mangelnde politische Repräsentation steht in engem Zusammenhang mit einem geringeren Vertrauen in unsere Demokratie.

Zum anderen spielen in Hinblick auf das gesunkene Systemvertrauen aktuelle politische Ereignisse eine Rolle. Nun hat die vorliegende Erhebung noch vor Zuspitzung der „Inseraten-Affäre“ stattgefunden. Dennoch war bereits zu diesem Zeitpunkt die Mehrzahl der jungen Menschen davon überzeugt, dass Korruption ein großes Problem der österreichischen Politik sei. Eben diese jungen Menschen zweifeln dann auch an der Stärke unserer Demokratie und haben ein geringeres Vertrauen in das Parlament.

Im Gegensatz zu diesen anlassbezogenen Gründen für sinkendes Systemvertrauen schwächt ökonomische Unsicherheit langfristig das

Vertrauen in das politische System: Über alle vier Erhebungsjahre hinweg vertrauen die jungen Menschen in finanziell prekärer Lage unserer Demokratie in geringerem Ausmaß als ihre ressourcenstärkeren AlterskollegInnen.

In Hinblick auf das Mediennutzungsverhalten der jungen Menschen hat sich ein seit 2018 zu beobachtender Trend verfestigt: Social Media ist die Quelle Nummer eins für den Bezug von politischen Informationen, gefolgt von Print- und Online-Zeitungen. Hervor sticht Instagram – Jahr für Jahr nutzen mehr junge Menschen die Bilder- und Kurzvideo-Plattform, um sich über Politik zu informieren. Seit 2020 ist Instagram unter den 16- bis 26-Jährigen auch die wichtigste Social Media-Bezugsquellen für politische Informationen.

Die politisch und gesellschaftlich ereignisreichen letzten drei Jahre („Ibiza-Affäre“, Pandemie, „Inseraten-Affäre“) haben dazu beigetragen, dass Politik immer mehr junge Menschen beschäftigt. Dementsprechend ging der Anteil jener 16- bis 26-Jährigen, die sich nie über politische Themen informieren oder die in ihrem Umfeld nie über Politik diskutieren, auch kontinuierlich zurück. Die jungen Menschen beschäftigt dabei eine Vielzahl an politischen Themen, ihre dringendsten Anliegen sind die Pandemie, der Klimawandel und ökonomische Sicherheit. Jedoch hat mehr als die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen den Eindruck, dass ihre Anliegen sich nicht in den politischen Entscheidungen widerspiegeln. Noch einmal deutlich mehr junge Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen haben das Gefühl, von der Politik nicht gehört zu werden.

Die politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung der jungen Menschen hat sich im Jahresvergleich nicht verändert: Nach wie vor nehmen sie allen voran an Wahlen teil und sind in ihrem direkten Umfeld aktiv. Einen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag leistet die junge Generation auch durch Freiwilligenarbeit: Trotz Pandemie ist derzeit ein Fünftel von ihnen ehrenamtlich tätig, vor allem in Blaulichtorganisationen und im Kultur- sowie Sozialbereich.

Beim Kontakt mit demokratischen Institutionen fällt über die Jahre hinweg ein Partizipations-Gap auf: Im Vergleich mit ihren ressourcenstärkeren AlterskollegInnen haben die 16- bis 26-Jährigen mit geringen ökonomischen Ressourcen seltener die Möglichkeit, das Parlament zu besuchen oder mit PolitikerInnen zu sprechen. Für diese jungen Menschen ist das politische System also deutlich schwerer erreichbar.

Ein ähnlicher Partizipations-Gap betrifft die schulische politische Bildung, wobei dieser Spalt infolge der Pandemie weiter aufgegangen ist: Noch einmal häufiger als in den Vorjahren berichten die jungen Menschen in prekärer finanzieller Lage heuer davon, in der Schule zu wenig über ihre Rechte und

über Beteiligungsmöglichkeiten gelernt zu haben. Fällt – wie im Zuge der Pandemie – Schule als Ort für politische Bildung aus, trifft das also wiederum vor allem jene, die bereits weniger Ressourcen zur Verfügung haben und deren Zugang zum politischen System dadurch bereits erschwert ist. Dies verweist abschließend darauf, dass die Pandemie auch bei den jungen Menschen bestehende Ungleichheiten nicht nur fortsetzt, sondern weiter verstärkt.

Literatur

- Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2019): 3. Bericht zum freiwilligen Engagement in Österreich.
<https://www.freiwilligenweb.at/wp-content/uploads/2020/05/Frewilligenbericht-2019.pdf>
- Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 47(1), 63-101. <https://journals.akwien.at/wug/article/view/51/38>
- Heinz, Janine / Zandonella, Martina (2020): Junge Menschen und Politik in Österreich 2020.
https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/SORA_Bericht_Parlament_Junge_Menschen_und_Demokratie_2020_BF.pdf
- Kapiriri, Lydia / Ross, Alison (2018): The politics of disease epidemics: A comparative analysis of the SARS, Zika, and Ebola outbreaks. In: Global Social Welfare, 7, 1-13.
- Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 29.
- Shantz, Jeffrey (2010): Capitalism is making us sick: Poverty, illness and the SARS crisis in Toronto. In: Advances in Medical Sociology, 11, 3-18.
- Zandonella Martina (2020): Generation... Corona!?
https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2021_SORA_Praesentation_Generation-Corona.pdf
- Zandonella Martina (2020): Demokratie Monitor 2020.
https://www.demokratiemonitor.at/wp-content/uploads/2021/03/2020_SORA-Bericht-Oesterreichischer-Demokratie-Monitor-2020.pdf
- Zandonella, Martina (2021): Follow-up zur psychosozialen Situation der WienerInnen während der Pandemie.
<https://www.wien.gv.at/statistik/pdf/psycho-soziale-situation-sora-2.pdf>

Abbildungen

Abbildung 1: Betroffenheit von psychischen und finanziellen Folgen der Pandemie	6
Abbildung 2: Verschlechterung der finanziellen Situation nach Auskommen mit dem Einkommen	7
Abbildung 3: Verschlechterung der psychischen Gesundheit nach Auskommen mit dem Einkommen	8
Abbildung 4: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems	9
Abbildung 5: Ist die Demokratie in Österreich eher stark oder eher schwach?	10
Abbildung 6: Korruption als Problem der Politik in Österreich	10
Abbildung 7: Bewertung der Demokratie nach Korruptionswahrnehmung	11
Abbildung 8: Bewertung der Demokratie nach Auskommen mit dem Einkommen	12
Abbildung 9: Bewertung der Demokratie nach Betroffenheit von den Folgen der Pandemie	13
Abbildung 10: Bewertung der Demokratie nach politischer Repräsentation während der Pandemie	13
Abbildung 11: Institutionenvertrauen	14
Abbildung 12: Vertrauen in das Parlament nach Korruptionswahrnehmung & Betroffenheit von finanziellen und psychischen Folgen der Pandemie	15
Abbildung 12: Mindestens einmal wöchentlich genutzte Medien für politische Information	17
Abbildung 13: Quellen für den Bezug von Informationen über Politik	18
Abbildung 14: Soziale Medien als Quelle für Informationen über Politik	19
Abbildung 15: Gespräche über Politik mit Familie, FreundInnen, KollegInnen	20
Abbildung 16: Die dringendsten politischen Anliegen der jungen Menschen	21
Abbildung 17: Visualisierung aller genannten politischen Anliegen	22
Abbildung 19: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation	24
Abbildung 20: Form der Organisation	25
Abbildung 21: Bereiche ehrenamtlichen Engagements	26
Abbildung 22: Kontakt zu demokratischen Institutionen und AkteurInnen	27
Abbildung 23: Parlamentsbesuch nach Auskommen mit dem Einkommen	28
Abbildung 24: Bewertung der Vermittlung von Sachkompetenz	30
Abbildung 25: Bewertung der Vermittlung von Handlungskompetenz	31
Abbildung 27: Zu wenig über politische Beteiligungsmöglichkeiten gelernt nach Auskommen mit dem Einkommen	32